

Positionspapier

## Mehr Demokratie in Europa durch einen europäischen Konvent

*Von Sophie von Hatzfeldt & Armin Steuernagel*

Wir hören es inzwischen schon aus dem Mund des italienischen Premierministers Letta, dem deutschen Bundesbankpräsident Weidmann, ab und zu vom deutschen Finanzminister Schäuble, von Abgeordneten des Europaparlaments und der gesamten grünen EP Fraktion, sowie von vielen weiteren Experten: die EU braucht Reformen. Dabei geht es vielen um technische Verfahrenslösungen, wie durch den Fiskalpakt und die Bankenunion. Dabei wächst das Demokratiedefizit in Europa weiter, für das Lösungen dringend gefunden werden müssen. Es liegen viele Konzepte, von der Europäischen Kommission, vom Rat und der Zentralbank vor, wie es mit der EU langfristig weitergehen könnte: alle Konzepte beinhalten Reformen. Reformen bedeuten *Vertragsveränderungen* und Vertragsveränderungen können laut EU-Vertrag offiziell nur nach Einberufung eines neuen *Konvents* durchgeführt werden (Artikel 48 des EU Vertrags). Ein Konvent, der sowohl technische als auch demokratische Mängel behebt, sollte eine demokratisch legitimierte Versammlung sein, die außerhalb der Tagespolitik im Dialog mit der Zivilgesellschaft über die Zukunft der EU berät und Vorschläge ausarbeitet.

Bis jetzt drücken Merkel und Hollande sich vor einem solchen Konvent und halten uns diesen wichtigen demokratischen Ort der EU-Gestaltung vor. Stattdessen werden Reformen der EU in nächtlichen Hinterzimmer-Verhandlungen und intergouvernementalen Konferenzen ausgehandelt. Europapolitische Projekte – wie ein neuer Bankenabwicklungsmechanismus, ein Investitionspakt gegen Jugendarbeitslosigkeit – versuchen die EU Staats- und

Regierungschefs über zwischenstaatliche Verträge außerhalb des europäischen Vertragswerks zu regeln.

Doch diese Hinterzimmerpolitik, die intransparent ist und jede Beteiligung der Zivilgesellschaft ausschließt, hat deutlich schwerwiegende Konsequenzen: Laut den Umfragen von Eurobarometer hatten 2006 noch die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ein positives Bild der EU, inzwischen sind es nur noch knapp 30%. 60% der Europäer misstrauen den europäischen Institutionen und die große Mehrheit gibt an das Gefühl zu haben, dass ihre Stimme in Europa unwichtig sei. Dies sind dramatische Resultate für Institutionen, die sich als demokratisch bezeichnen. Schon heute kann man beobachten, dass nationalistische und anti-europäische Tendenzen in vielen Ländern erstarken. Doch bei der Perspektivlosigkeit, die für viele Menschen mit der EU verbunden ist, sind solche Resultate nicht verwunderlich.

Auch die Krise, die bislang nicht bewältigt werden konnte, verdeutlicht, dass die Methode der Regierungskonferenzen, die Europa historisch prägte, offensichtlich überholt ist. Denn bei der gegenwärtigen Krise steht nicht nur die Stabilität der Banken, der Finanzmärkte und der Währung auf dem Spiel. Auf dem Spiel steht das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die europäische Demokratie und Politikführung, und so in die Idee der EU selbst.

In Zukunft muss es eine neue und andere Art geben, Europa zu gestalten. Mitbürgerinnen und Mitbürger können sich nicht länger auf Staatsoberhäupter und Präsidenten verlassen, Solidarität und Solidarität in der europäischen Gesellschaft zu sichern. Die zukünftige Gesellschaft und die zukünftige Europäische Union muss von uns allen, den Bürgerinnen und Bürgern, mitgestaltet werden; wir müssen Europa selbst gestalten. Dafür müssen europaweit Debatten geführt werden über das gewünschte zukünftige Europa, über die Ziele, Kompetenzen und Regeln der EU. Das, was heute in geheimen Verhandlungen ausgehandelt wird, gehört auf die öffentliche Bühne und soll europaweit öffentlich diskutiert werden.

Um diese Debatte und diese neue Art Europa zu gestalten zu ermöglichen, ist in den europäischen Verträgen ein wertvolles Instrument verankert: ein europäischer Konvent. Er ist nicht nur das einzige Instrument in den EU-Verträgen, durch das Vertragsveränderungen und Reformen durchgeführt werden können. Er bietet auch die Möglichkeit im Dialog mit der europäischen Zivilgesellschaft eine wahrhaft offene Debatte über Europa zu führen.

Democracy International, gemeinsam mit einem großen Bündnis von Partnerorganisationen, fordert in einer breit angelegten Kampagne einen europäischen Konvent ein. Die Initiative verlangt nicht nur, dass ein Konvent bei den nächsten substantiellen EU Reformen einberufen wird, sondern schlägt außerdem vor, wie ein solcher Konvent aussehen müsste, wenn er demokratisch und nachhaltig sein soll. Denn die Regeln entscheiden das Spiel, und nur ein demokratischer Konvent kann zu einem demokratischen Ergebnis führen.

Das zeigt ganz deutlich der letzte Konvent zur Zukunft Europas (2002). Anstatt alle Vorschläge offen im Plenum zu diskutieren und zu beschließen, wurden Entscheidungen vom Präsidium – größtenteils bestehend aus ehemaligen und aktuellen Ministern – hinter verschlossenen Türen getroffen. Nach viel zu kurzer Beratungszeit legte der Konvent einen offiziellen Verfassungsentwurf vor, dem das Präsidium zwei weitere Kapitel hinzufügte, die nie im Konvent diskutiert wurden. Die Adressaten des Konvents waren nicht die Bürgerinnen und Bürger Europas, sondern die Staats- und Regierungschefs. Das Resultat war eine 400 Seiten lange Verfassung, die die Bürgerinnen und Bürger von Frankreich und den Niederlanden nicht zu unrecht ablehnten.

Um solch einen Konvent zu vermeiden setzt sich Democracy International zusammen mit einer breiten Allianz aus der europaweiten Zivilgesellschaft dafür ein, dass ein neuer Konvent

1. demokratisch legitimiert ist
2. intern demokratisch organisiert ist
3. transparent und im Dialog mit der Zivilgesellschaft arbeitet
4. genug Zeit hat und
5. seine Vorschläge den europäischen Bürgerinnen und Bürgern in einer Volksabstimmung vorlegt.

Insbesondere der letzte Punkt, eine europaweite Volksabstimmung, verändert den ganzen Prozess maßgeblich. So sind die Konventsmitglieder von Anfang an angehalten, mit der Zivilgesellschaft und der Bevölkerung in Dialog zu treten, ihre Sorgen und Bedürfnisse zu hören und sie von neuen Ideen zu überzeugen. Ein anschließendes Referendum gäbe außerdem den EU Institutionen, den Mitgliedsstaaten und der Zivilgesellschaft gute Gründe in eine breite

Diskussion über Europa einzusteigen. Denn eine Debatte hätte deutliche Wirkung – es würde sich lohnen mit Mitbürgerinnen und Mitbürger in ganz Europa ins Gespräch zu kommen und sie von Ideen zu überzeugen. Schließlich ist jeder am Ende des Konvents gefragt mitzuentcheiden, wie es mit Europa weitergeht.

Die Kampagne wird erstens Druck auf das neugewählte Europäische Parlament ausüben, von seinem Recht Gebrauch zu machen, einen neuen – demokratischen – Konvent zu fordern. Dafür werden wir im Vorfeld der Europawahl alle Kandidierende kontaktieren. Wir werden sie von der Notwendigkeit eines Konvents zu überzeugen sie dazu verpflichten, sich nach der Wahl zu einem Konvent zu bekennen. Nach der Europawahl kann dann auf das neue Parlament Druck ausgeübt werden, ihr Versprechen einzulösen. Durch eine breite Allianz von Organisationen und bekannten Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern und diversen Hintergründen wird die überwältigende Unterstützung der europäischen Zivilgesellschaft für einen demokratischen Konvent befestigt. Außerdem soll durch verschiedene Protestformen und Guerrilla-Aktionen eine breite basisorientierte Bewegung für mehr Demokratie und Partizipation in ganz Europa angestoßen werden. Die Kampagne hat zum Ziel die Menschen zu erreichen, zu politisieren und sie anzuregen sich in und für Europa zu engagieren.

Die Kampagne wird Ende März 2014 starten. Bis dahin bleibt viel zu tun.

Democracy International hofft dabei auf Unterstützung von möglichst vielen!

**Sophie von Hatzfeldt** (27) arbeitet als Managerin von strategischen Partnerschaften bei Democracy International. Zuvor arbeitete sie bei der GIZ, Amnesty International und Friedrich Ebert Stiftung und studierte Public Policy sowie Völkerrecht und Humangeographie.

**Armin Steuernagel** (23) ist Vorstandsmitglied von Democracy International. Seit seinem 16. Lebensjahr ist er Jungunternehmer. Er studierte Philosophy, Politics and Economics (PPE) und ist Mitglied im Think Tank 30 des Club of Rome.

**Kontakt:** [vonhatzfeldt@democracy-international.org](mailto:vonhatzfeldt@democracy-international.org) ; [steuernagel@democracy-international.org](mailto:steuernagel@democracy-international.org)